Nr. 255. 13. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3248) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Hermann Molkenbuhr in Hamburg.

Dienstag, den 31. Oktober 1899.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die gelbe Gefahr.

„Deutsches Blatt“ heißt die Zeitung, in deren Inseratentheil ein Großindustrieller seine Geneigtheit erklärt, fünf bis sechs Chinesen einzustellen — als Dienstboten — und Standesgenossen sucht, die gleichfalls Versuche mit Chinesen machen wollen, „so daß eine größere Anzahl junger Chinesen importirt werden kann“. Uns wundert, daß der Inserent des „Deutschen Blattes“ sich nicht die patriotische oder nationale Kokarde aufgesteckt hat, sie hätte ihn so gut gekleidet. Kann man etwa seinen Patriotismus oder Nationalismus, seine Liebe zum Vaterland schöner bethätigen als dadurch, daß man die reichlich vorhandenen Arbeitskräfte desselben schont und dafür auswärtige heranzieht? Kann sich die Liebe zur eigenen vaterländischen Bevölkerung rührender äußern? Gewiß empfindet dieser edle Patriot ethische Gewissensbisse darüber, daß er durch die verwünschte kapitalistische Produktionsweise, die leider Gottes nun einmal da ist, sich genöthigt sieht, seine proletarischen Mitbürger in das harte Joch der Lohnarbeit zu spannen, sein weiches Herz blutet beim Anblick seiner kompatriotischen Lohnsklaven, und er macht es daher wie der reiche Bankier: „Schmeißt mer hinaus den Jsack, sein Elend zerbrecht mir das Herz.“

Das Inserat verweist auf einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 1. Oktober. Wir haben diesen nicht zu Gesicht bekommen, wohl aber einen längeren Artikel desselben großkapitalistischen Blattes vom 10. September, dessen Verfasser ernstliche Warnungen, wie er sagt, gegen solche Versuche ergehen läßt. Es sei zwar nicht zu befürchten, meint er, daß eine deutsche Regierung in absehbarer Zeit die planmäßige Einfuhr chinesischer Arbeiter gestatten würde, aber es mag trotzdem zweckmäßig sein, Diejenigen über die unabwendbaren Folgen chinesischer Einwanderung aufzuklären, die durch unbefriedigte Arbeiterverhältnisse veranlaßt werden, nach gelbem Ersatz auszuschauen. Er beruft sich dabei auf seine 15jährige Erfahrung im Umgang mit Chinesen verschiedenster Städte.

Daß man die Warner vor der „gelben Gefahr“ mit Unrecht für Gespensterseher gehalten hat, zeigen die Zustände, die durch die chinesische Einwanderung in Nordamerika und Australien geschaffen worden seien. Hier wurden die Chinesen Anfangs anstandslos zugelassen, da sie mit der ihnen eigenen Schmiegsamkeit auftraten und durch ihr anscheinend bescheidenes Wesen die Ansässigen über ihren wahren Karakter täuschten. Aber es dauerte nicht lange, bis man erkannte, daß man sich damit ein böses Uebel auf den Hals geladen habe und genöthigt war, zu strengen Maßnahmen zu greifen, um der unheimlichen Invasion der Zopfträger einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.

Der Verfasser schildert eingehend die fabelhaft niedrige Lebenshaltung jener Parias, ihre unglaublich geringen Bedürfnisse zur Fristung ihrer Existenz; daneben ihre Leistungsfähigkeit und Anstelligkeit. Wie eine Maschine lebt sich der Kuli in die von ihm verlangte Thätigkeit hinein, die eintönigste körperliche Kraftentfaltung gilt ihm gleich mit einer beliebigen abwechslungsreichen, auch den Geist beschäftigenden Arbeit, und wie eine Maschine beendigt er sie gleichmäßig. Wie den Unternehmern der Mund dabei wässern mag! — Es giebt aber leider nichts Vollkommenes unter dem Monde!

Der Kuli, fährt der Verfasser fort, hat einen hochentwickelten Sinn für rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter und trachtet daher, wenn immer möglich, für sich und seine Kameraden eine für jeden Einzelnen gleich abgemessene Akkordarbeit zu erlangen. Uebersteigt das Maß die von ihm gewöhnlich erreichte Leistung, so fällt es ihm nicht ein, sich damit abzuquälen. So billig er auch seine Arbeit verkauft, so hartnäckig besteht er auf einem einmal festgesetzten Mindestsatz. Vorgesetzte, die aus langer Erfahrung die für die Behandlung der Kulis nöthige Gewandtheit geschöpft haben, vermögen mit ihnen viel zu erreichen. Ganz anders dagegen Vorgesetzte, die sie noch nicht kennen und die noch wenig mit Chinesen vertraut sind. „Da zeigt sich der verschlagene, verschlossene, zu versteckter Widersetzlichkeit neigende Karakter der Kulis in seinem vollen Lichte. Nicht enden wollende Reibungen, boshafte und freche Herausforderungen führen dann meistens zu Arbeitseinstellungen, wüsten Auftritten und Gewaltthaten. Der fanatisirte Kuli schreckt vor nichts zurück, kein Vorgesetzter ist während eines „Rows“ seines Lebens sicher.“ Der Passus schließt mit dem Satze: „Der Kuli steht in dieser Hinsicht auf einer für uns gradezu unfaßbar tiefen Kulturstufe, nicht viel höher als das Thier.“

Der Chinese, heißt es weiter, fühlt keine Anhänglichkeit oder Dankbarkeit für Wohlthaten. Er würde nie für seinen Herrn in dessen Abwesenheit eintreten, sondern ihn vielmehr mit Wollust hinter seinem Rücken verunglimpfen und sich bübisch über jeden ihm gespielten Streich freuen.

Der Kuli ist ferner ein geborener Verschwörer. Er zieht den heimlichen und gewaltsamen Weg zur Erlangung seines Rechts stets dem gesetzlichen vor. Um sich unberechtigten Einfluß und Anhang zu verschaffen, schließt er sich einer der geheimen Genossenschaften (Kong Si) an, die überall unter den Chinesen bestehen und ihre Mitglieder durch furchtbare Eide binden. Eine solche Verbindung hat viel Aehnlichkeit mit der italienischen „Mafia“ und „Camorra“; wer ihre Rachsucht erregt, wird ermordet oder unschädlich gemacht. Sich eine Gelegenheit entgehen zu lassen, um seinen Herrn zu betrügen, betrachtet der typische Kuli als eine unverzeihliche Dummheit, ja gradezu als ein Unrecht.

Hierin unterscheidet sich nach des Verfassers Versicherung der Kuli nicht von seinen Landsleuten überhaupt. Die Uebervortheilung erscheint dem Chinesen jeder Schicht als unzertrennlicher Bestandtheil jedes Geschäfts, das er macht. Für Ehrlichkeit, Offenheit, Treue, Ehr- und Pflichtgefühl fehlt dem Chinesen schlechterdings jedes Verständniß. Erwerbung von Reichthümern ist dem Chinesen das höchste und einzige Ideal, und ein durch seinen „Handel“, d. h. Schachern und Schwindeln, reich gewordener Chinese ist für uns ein höchst abstoßendes Exemplar seiner Spezies, er ist der ekelhafteste, gemästete Protz, den man sich vorstellen kann. Der Chinese, behauptet der Artikel schließlich, ist und bleibt ein der abendländischen Zivilisation absolut verschlossener Barbar. Er mag äußerlich von europäischer Kultur noch so sehr beleckt sein, im Innern bleibt er stockchinesisch, voll Geringschätzung für alles Humanitäre. „Deshalb soll man die Völker Europas warnen vor der gelben Gefahr! Ihre heiligsten Güter werden in der That von ihr bedroht.“

Gewiß wird auch einmal für die gelbe Rasse ein Morgen der Zivilisation dämmern; er wird aber erst anbrechen im Gefolge der höheren Kultur, die der Sozialismus der Menschheit bringen wird.

Der neue Flottenplan

ist von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am Sonnabend Abend in einem hochoffiziösen Artikel veröffentlicht worden. Es handelt sich um ein ganz neues Programm. Dasselbe soll an die Stelle des Flottenplanes für die Jahre 1901, 1902 und 1903 treten und sich auf die Schiffsbauten erstrecken, welche bis zum Jahre **1917** vorgenommen werden sollen. Die Regierung bezweckt, das im Flottengesetz vorgesehene Doppelgeschwader für die heimische Schlachtflotte aus Linienschiffen und Kreuzern noch zu vermehren durch ein drittes und viertes Geschwader. Für das neue Doppelgeschwader sollen 10 Linienschiffe bis 1912 hinzukommen und 8 weitere Linienschiffe von 1912 bis 1917 an Stelle des Ersatzes für die jetzt schon vorhandenen 8 Küstenpanzerschiffe treten. Außer den Linienschiffen soll bis zum Jahre 1911 auch die Zahl der großen Kreuzer noch um 8 erhöht werden, wovon 2 auf die neuen Flottengeschwader, 6 auf die Auslandskreuzer entfallen. Die Zahl, um welche die kleinen Kreuzer vermehrt werden sollen, ist nicht angegeben. Voraussichtlich kommen 16 kleine Kreuzer für die beiden Geschwader der Schlachtflotte in Betracht, da ebenso viele für die beiden vorhandenen Geschwader im Flottengesetz vorgesehen sind. Zu dieser Vermehrung der Schiffe kommen dann noch die Ersatzbauten, welche in der Zeit bis 1917 fällig werden.

Es sind also nicht weniger als etwa **48 neue Schiffe** vorgesehen, zu denen natürlich die Vervollständigung der übrigen Flottenbestandtheile bis zu den Torpedobooten hinunter gehört.

Statt eines Flottenplanes auf sechs, ein Flottenplan auf **siebenzehn Jahre**, d. h. der Reichstag soll auf ein halbes Menschenalter gebunden und des Rechtes entkleidet werden, in Marinefragen mitzureden. Doch nein — meint die Berliner „Volks-Zeitung“ — wenn nach einigen Jahren abermals der Plan als nicht ausreichend befunden werden wird, so wird man dem Reichstage gütigst gestatten, einen allerneuesten Flottenplan gutzuheißen, der vielleicht 96 Panzerschiffe verlangt und den Plan auf 30 Jahre festlegt, um auf 30 Jahre das Parlament zur Ohnmacht zu verurtheilen!

In den offiziösen Auslassungen wird behauptet, daß sich ein derartiges Programm „ohne neue Steuern“ durchführen lasse. Die **jährliche** Schiffbauquote würde von durchschnittlich 60 auf durchschnittlich etwa

85 Millionen Mark

steigen, die jährlichen sonstigen einmaligen Ausgaben von 9 auf 12 Millionen Mark.

Bei der Steigerung der einmaligen Ausgaben würde indeß nach Maßgabe der bisherigen Grundsätze ein sehr erheblicher Theil durch eine

neue Anleihe

gedeckt werden.

Also zwar angeblich keine neuen Steuern, aber eine abermalige Vermehrung der Reichsschulden. Woher man die Offiziere und Mannschaften nehmen will, um diese ungeheure Zahl schwimmender Kasernen zu bevölkern; wie man bei diesen enormen Aufwendungen für Zwecke des Wassermilitarismus die Kulturaufgaben des Deutschen Reiches erfüllen will, die jetzt schon „in beschämender Weise“ zurückgestellt werden müssen, das wissen die Götter.

Zutreffend erklärt die Berliner „Volks-Zeitung“: „Die neue Flottenvorlage übertrifft weit alle Befürchtungen, die man um ihretwillen haben mußte. In konstitutioneller Beziehung bedeutet sie die Bankerotterklärung des Reichstages; in finanzieller Beziehung die schärfste Zumuthung an ein Volk, das unter dem Drucke schwerer Steuerlast schon jetzt mühsam ringt, um in der Umklammerung des Land- und Wassermilitarismus nicht zu ersticken. Darum, wer weiten Blicks in die Zukunft sieht und an eine bessere Zeit glaubt, die dem deutschen Volke beschieden sei, die es sich selbst aber schaffen muß, der sage mit uns: Nieder mit der Flottenvorlage!“

Aus der Kritik, welche die „Freis. Ztg.“ an dem Plan übt, heben wir Folgendes hervor: „Zunächst muß es überraschen, daß derart ein neuer Flottenplan im Einzelnen plötzlich der Oeffentlichkeit unterbreitet wird, während bisher über die Vorbereitung eines solchen Plans nicht das Geringste verlautete. Ein solcher Flottenplan läßt sich aber nicht aus der Pistole schießen, sondern verlangt ausführliche, zeitraubende Vorbereitungen. Hat denn der Reichskanzler bisher von diesen Absichten nichts gewußt? Wenn es der Fall ist, wie kommt es, daß plötzlich Hals über Kopf Admiral Tirpitz zum Vortrag in dieser Frage zum Reichskanzler nach Baden-Baden fährt? Noch niemals ist es dagewesen, daß ein solcher Plan schon der Oeffentlichkeit unterbreitet wurde, noch bevor die Regierungen in den Einzelstaaten davon Kenntniß erhielten. Durch die Veröffentlichung aber legt sich die Reichsregierung schon gewissermaßen auf die Sache fest.

„Es ist eine Zumuthung sondergleichen an den Reichstag, jetzt schon einen Flottenbauplan festzulegen auf nicht weniger als **17 Jahre**, nachdem der für sechs Jahre festgestellte Flottenbauplan schon nach zwei Jahren von der Regierung als unhaltbar verlassen wird. Wenn für sechs Jahre ein solcher Flottenplan nicht innegehalten werden kann, so ist dies noch weniger für 17 Jahre möglich. Für einen Zeitraum, der sich so weit hinaus erstreckt, lassen sich nicht einmal jene technischen Gründe geltend machen, daß die Ausführung eines für mehrere Jahre feststehenden Planes die Vergebung der Lieferungen, die Beschaffung des Personals u. s. w. erleichtere. Im Gegentheil sprechen alle technischen Gründe gegen die Festlegung eines solchen Planes. . . . . .

„Dem Reichstag als Institution wird durch den Flottenplan das denkbar schärfste Mißtrauensvotum ertheilt. Die Volksvertretung soll ihre Nachfolger in ihren Rechten und der Einwirkung auf die Wehrkraft zur See degradiren. In keinem Staat der Welt ist jemals ein solches Flottengesetz einer Volksvertretung angesonnen worden.

„Aber abgesehen von der konstitutionellen Frage, sind für diese Vermehrung der Flotte, welche nahezu einer Verdoppelung der im Flottengesetz vorgesehenen Zahl der Schiffe gleichkommt, irgend welche Gründe in dem Artikel nicht angegeben. Es heißt in demselben nur einfach, wenn einer allgemeinen Verstärkung der Marine näher getreten werden muß, so ergebe sich das Ziel und die Richtung dieser Verstärkung aus dem Flottengesetz. Alsdann folgen lediglich ziffermäßige Darlegungen.

„Die in Aussicht genommene Verdoppelung der Schlachtflotte schließt aber nicht blos eine ziffermäßige Verstärkung der Flotte ein, sondern giebt derselben einen ganz anderen Karakter. Die Schlachtflotte nach dem Flottengesetz sollte der Vertheidigung der Nordsee und Ostsee dienen, der Verhinderung einer Blockade, und wurde in jeder Beziehung als für diesen Zweck ausreichend dargestellt. Das neue Doppelgeschwader bezweckt aber offenbar, die Möglichkeit zu schaffen, neben den Kreuzergeschwadern auch Panzergeschwader in andere Welttheile zu senden zur Offensive gegen große Seemächte. Es handelt sich dabei also nicht mehr wie bei den Auslandsschiffen der Kreuzergeschwader um den Schutz des Handels, sondern um eine Betheiligung an Weltkriegen zur See durch Schaffung einer Kriegsflotte ersten Ranges. Ein solches Bedürfniß war bisher von Seiten der Regierung entschieden in Abrede gestellt worden.

„Mit der Schaffung von Panzergeschwadern für überseeische Kriege ist es aber allein nicht gethan. Solche Panzerschiffe setzen Kohlenstationen voraus auf ihrem Wege, wie wir sie nirgends besitzen. Ebenso erheischen solche Geschwader für den Fall nothwendiger Reparaturen oder Beschädigungen im Kriege eigene Docks, wie wir sie auch in keinem Welttheile besitzen. Damit eröffnet sich eine gradezu uferlose Perspektive für die Steigerung der Ausgaben.“

Das Agrarier-Organ, die „Deutsche Tageszeitung“, schreibt:

„Man kann aus der Form der Veröffentlichung nicht erkennen, ob es sich wirklich um Absichten der verbündeten Regierungen oder um Gedanken des Reichsmarineamtes oder um irgend welche offiziöse Stimmungsmache handelt. Es wird vor Allem nicht klar, ob alle diese Pläne und Möglichkeiten schon im Bundesrathe erwogen sind, ob es sich nur um einen Gedanken handle, der ohne weiteres Gewicht in die Oeffentlichkeit hineingeworfen ist. . .

„Dem ganzen Plane fehlt vollkommen die Begründung. Es ist nicht mit einem Sterbenswörtchen gesagt, welche Ereignisse das Deutsche Reich dazu zwingen sollten, die „starke Bindung“ des Flottengesetzes zu lösen und dadurch diejenigen Staatsmänner, die seiner Zeit „in einer solchen starken Bindung mit allem Nachdrucke gesprochen haben, in dieser gradezu eklatanten Weise zu desavouiren. Ehe man in eine grundsätzliche und verpflichtende Würdigung des weitschauenden Planes eintritt, muß man die Gründe kennen, die dazu getrieben haben.

„Wenn man die Schicksale der früheren Flottenpläne und des jetzigen Flottengesetzes erwägt, so wird man auch diesem neuen Plane mit dem größten Argwohn gegenübertreten müssen. Wenn innerhalb zweier Jahre die politische Lage sich so geändert hat, daß das Flottengesetz, diese „starke Bindung“ der Regierung, leichten Herzens über den Haufen geworfen werden muß, so kann sich wiederum in zwei Jahren die politische Lage ebenso ändern, so daß wir dann die Schiffsbauten wieder beschleunigen und, statt jährlich 3, jährlich 5 neue Schiffe in Angriff nehmen müssen — und so weiter in's Ungemessene, in's Uferlose hinaus. Der Politiker, der diese neuen Pläne für das Endgültige erachten wollte, würde mit Recht zu den „reinen Thoren“ gezählt werden.“

Nach der Hamburger Kaiserrede und den Auslassungen der flottenbegeisterten Presse in den letzten Tagen mußte man ja auf neue Marineforderungen gefaßt sein, trotz der von der Regierung als auch für sie geltend anerkannten „Bindung“. Aber im selben Augenblick, wo sie diese „Bindung“ kurzerhand zerreißt, für den Reichstag eine neue Knebelung auf siebzehn Jahre zu fordern, das überschreitet doch Alles, was wir an „Staatsmännischkeit“ bisher erlebt hatten, selbst wenn man die Zumuthungen an den Geldbeutel des Volkes außer Ansatz ließe.

Der Krieg in Südafrika.

England muß wegen des „Bischen Transvaal“ Anstrengungen machen, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was Großbritannien im letzten Halbjahrhundert an Kraftaufwendungen machte. Nicht einmal im Kampfe gegen das russische Weltreich, im Krimkrieg, bot England auch nur annähernd so viel Mannschaften auf, wie zum Angriff auf die beiden Boerenrepubliken, die an Weißen zusammen noch nicht zwei Drittel der Einwohnerschaft des Hamburger Staates haben, nämlich etwa 425 000. Die schon in Afrika befindlichen und noch dort erwarteten englischen Truppen zählen 47 551 Mann mit 11 426 Pferden und 13 413 Maulthieren sowie 122 Geschützen. Die Erwerbung der Maulthiere, auf die die Armeeverwaltung wegen des bergigen und zerrissenen Terräns bei den Grenzen der Republiken nicht verzichten wollte, hat viele Umstände gemacht. Diese Thiere sind zum Theil schon unterwegs nach Kapstadt und Natal, zum Theil werden sie bald nachgesandt werden. In Italien sind etwa 6000, in Südspanien 2000 und in New-Orleans 3700 angekauft worden. Von New-Orleans werden noch etwa 3500 nachgesandt werden. Außerdem sollen nach Möglichkeit afrikanische Zugochsen zur Beförderung der ungeheuren Transportkolonne benutzt werden. Der Artillerietrain besteht außer den Geschützen allein aus 360 Fuhrwerken. Im Ganzen giebt es einen Train von etwa 2200 Fahrzeugen aller Art. Auf ihrer Fahrt über den Ozean soll die Ausbildung der zum Theil jungen Mannschaften im Gewehrschießen noch nach Möglichkeit gefördert werden. Es soll jeder Soldat nach Scheiben, die am Stahlbaum hinter dem Heck der Transportdampfer geschleppt werden, 25 Patronen der Marke IV verschießen. Außer diesen Truppen der Armee geht von Southampton, dem Hauptein-schiffungsplatz, noch ein Marinekontingent von 240 Mann ab, die außer Handwaffen noch Maximgewehre und Landungsgeschütze mit sich führen. Aus den Mannschaften der großen Kreuzer, die nach Südafrika gesandt oder dort schon stationirt sind, wird das Marinekontingent noch verstärkt werden. Für den Transport von Verwundeten und Kranken werden aus Handelsdampfern große Hospitalschiffe eingerichtet. „Army and Navy Gazette“ vergleicht den diesmaligen Truppentransport mit denjenigen aus früheren britischen Feldzügen und stellt zusammen: 1854 Krimkrieg: 33 452 Mann, 3349 Pferde und 88 Transportschiffe; 1878 Besetzung von Cypern: 8500 Mann, 1840 Pferde in 28 Schiffen; 1879 Südafrika: 8136 Mann, 1851 Pferde in 18 Schiffen: 1880 Transvaal: 7374 Mann, 2442 Pferde in 19 Schiffen; 1882 Egypten: 19 150 Mann, 3900 Pferde in 44 Schiffen. Die Zahl der Schiffsladungen wird jetzt die Hundert bedeutend übersteigen, ehe Alles in Südafrika zur Stelle ist.

Die Kosten sind ungeheuer. Schon hat das Parlament 10 Millionen Pfund Sterling bewilligen müssen — „die Schlächterrechnung“ (the butchers bill) nannte das demokratische Blatt „Reynolds Newspaper“ den Kostenanschlag!

Die Stimmung in England ist trotz des jingoistischen Geschreis ziemlich trübe. Immer deutlicher tritt die Wahrheit zu Tage, daß die englischen „Siege“ bei Glencoe Niederlagen waren. Hatte man Anfangs den Rückzug des Generals Yule eine „brillante strategische Bewegung“ genannt, so bemerkt man jetzt mit Schrecken, daß diese Bewegung einen etwas eiligen Karakter hatte. Zunächst wurde das Zurücklassen der Verwundeten gemeldet, dann kam die Meldung vom Zurücklassen des Proviants und endlich heute hört man, daß außerdem die Munitionskolonnen zurückgelassen werden mußten, und daß Yules Truppen „einer kleinen Ruhe bedürfen“, um wieder kampffrisch zu sein. Das genügt, um über den Karakter der „Siege“ des Generals Yule klar zu werden. Noch überraschender war für die Jingos aber die Nachricht, daß die Kolonne Yule zwar keine Gefangenen gemacht, dafür aber den größten Theil des 18. Husarenregiments, welches „den fliehenden Feind“ über die Grenze jagen sollte, sowie Leute und Offiziere von den am Kampfe bei Glencoe betheiligten Infanterieregimentern als Gefangene in den Händen der Boeren ließ. Ein merkwürdiger Sieg! Ebenso scheinen die Siege bei Glandslaagte und das Artilleriduell bei Ladysmith wunderbare Siege zu sein. Die gefangenen Boeren von Glandslaagte geben an, daß ihre kleine Abtheilung, nur mit einer solchen hatten die Engländer es zu thun, fünfzig oder höchstens hundert Mann verlor, während die Engländer nach der amtlichen Verlustliste 257 Mann einbüßten. Die Schotten allein hatten größeren Verlust, als die Boeren. Das „Artilleriduell“, von dem man heute glaubt, daß es wohl „anscheinend seinen Zweck erreicht habe“, brachte den Engländern einen Verlust von 106 Mann und wurde nach ihrer eigenen Angabe gegen eine Boerentruppe geführt, die nur über ein Geschütz verfügte.

Aus Kimberley kommt zum Ueberfluß die Nachricht, daß man sich wegen Mangels an Nahrungsmitteln genöthigt gesehen habe, den Export von Provision zu verbieten. Man denke sich einen derartigen Unsinn! Wer sollte wohl aus dem belagerten Kimberley Provision exportirt haben? Haben wir etwa in dieser Nachricht den Vorläufer der Nachricht von der Kapitulation Kimberleys zu erkennen? Wahrscheinlich. Mr. Rhodes wird jetzt einsehen, daß er ein Esel war, sich in diese exponirte Feste einzuschließen. Ihm blüht keine Gnade, denn die Transvaalregierung hat erklärt, alle Mitschuldigen am Einfall Jamesons hinrichten zu lassen. Wir sind keine Freunde der Todesstrafe. Aber wenn je ein Schuft den Strick tausendfach verdient hat, so ist es der Halunke Rhodes.

Dem „Reuter'schen Büreau“ sind aus Südafrika folgende Meldungen zugegangen: Aus Pretoria vom 27. Oktober wird telegraphirt, daß General Joubert sich von Glencoe zur Front begeben hat. — Nach einer Depesche aus Kapstadt vom Sonnabend bezifffert eine dem Afrikanderorgan „South African News“ aus Pretoria zugegangene Depesche den Verlust der Boeren in dem Gefecht bei Glandslaagte auf 36 Todte und 64 Verwundete. Eine Depesche aus Ladysmith an die „Cape Times“ besagt, daß nach Eingebornen-Berichten von den Boeren bei Rietfontein 80 fielen und 150 verwundet wurden. — Aus Durban wird vom Sonnabend gemeldet: Oberst Schiel und andere hervorragende Kriegsgefangene sind auf ein Transportschiff gebracht worden, das sie nach der Simonsbai überführen soll; dort soll sie das Kriegsschiff „Penelope“ aufnehmen. Vom Freitag wird aus Durban telegraphirt: Nach amtlicher Bekanntgabe übermittelte der oberste britische Militärarzt in Glencoe, Major Donegan, dem Staatssekretär Reitz in Pretoria telegraphisch den Dank der im Hospital zu Glencoe liegenden britischen Offiziere und Soldaten für die ihnen von den Boeren und Offizieren erwiesene außerordentliche Güte. Staatssekretär Reitz gab von diesem Telegramm der Regierung von Natal Kenntniß mit dem Hinzufügen, daß es sämmtlichen Verwundeten gut gehe und anscheinend keiner der Offiziere seinen Wunden erliegen werde. General Joubert hat dem General White seine Theilnahme anläßlich des Todes des Generals Symons ausgedrückt und dabei bemerkt, er hoffe, der Allmächtige werde bald diesem unglücklichen Zustand ein Ende machen, den gewissenlose Spekulanten und Kapitalisten herbeiführten, die nach Transvaal kamen, um Reichthum zu gewinnen und ihre Interessen zu fördern, die Anderen irreleiteten und diesen schmachvollen Kriegszustand über ganz Südafrika brachten.

Aus Masern wird telegraphirt: Basutoland ist ruhig. Der Caledon-River, der Grenzfluß zwischen Basutoland und dem Oranje-Freistaat, führt Hochwasser und ist unpassirbar.

Die englische Stadt Mafeking an der Westgrenze Transvaals wird seit einer Woche von einer Boeren-Abtheilung belagert. Nachdem erst allerlei „erfolgreiche Ausfälle“ der Besatzung und „fürchterliche Verluste der Boeren durch Melinitminen“ in die Welt hinausgelogen wurden, heißt es jetzt auf einmal: In Pretoria ist die Nachricht eingegangen, daß Mafeking in Flammen steht.

Die „Times“ melden aus de Aar vom 28. Oktober: Einem Spezialtelegramm aus Kimberley vom 28. d. M. zufolge herrscht dort eine äußerst zuversichtliche Stimmung. Die britischen Rekognoszirungstruppen sind auf 7 Meilen von der Stadt vorgeschoben. Die Hofräume sind mit Vorräthen angefüllt, die, wie angenommen wird, 9 Monate ausreichen. Die Meldung, nach der nur kleine Rationen zur Vertheilung gelangen, ist völlig unrichtig. In den Bergwerken wird noch gearbeitet. (Augenscheinlich ist das Kimberley-Telegramm fabrizirt: die Stadt ist eingeschlossen und die Boeren werden wohl nicht aus Gefälligkeit gegen die „Times“ die Telegraphenleitung unverletzt gelassen haben.

Einer Meldung der „Times“ zufolge erging der Befehl zur Formirung von zusammengesetzten Regimentern aus der Garde-Kavallerie der Königin für den Dienst in Süd-Afrika. Das Regiment soll aus je einer Schwadron des ersten und zweiten Leib-Garderegiments und der berittenen königlichen Garde bestehen.

Im nördlichen Natal sind die Engländer unzweifelhaft von den Boeren umklammert. Ladysmith scheint zu einer richtigen Falle geworden zu sein, in welche die britischen Truppen von den drei getrennt operirenden Kolonnen der Boeren hineingedrängt wurden. Die Depeschen, obwohl sie die Situation der Engländer beschönigen, lassen doch erkennen, daß die Boeren einen wohlüberlegten Plan in geschickter Weise ausführten.

Nach einer Depesche des „Natal Mercury“ aus Ladysmith war dort am Sonnabend Alles ruhig. Die Truppen hielten Rast. Es wurde eine Abtheilung Boeren bemerkt, die schwere Geschütze bergaufwärts brachte. Nach einem am Sonntag in Durban eingegangenen späteren Telegramm sind die Boeren näher auf Ladysmith vorgerückt und haben auf einem Kopje, das 2½ engl. Meilen gegen Glandslaagte zu von Ladysmith entfernt liegt, zwei schwere Geschütze aufgepflanzt. Ein Angriff wird stündlich erwartet; die Einwohnerschaft verhält sich ruhig.

Eine Depesche des Reuter'schen Büreaus aus Ladysmith vom Sonntag Abend 6 Uhr besagt: Heute ist Alles ruhig; die Wasserzufuhr, die unterbrochen worden, wird wieder hergestellt.

Aus Ladysmith telegraphirt man am gleichen Tage: Die Boeren schließen Ladysmith immer enger ein. Die nicht ortsansässigen Zivilpersonen erhielten den Befehl, die Stadt zu verlassen.

Das klingt sehr bedenklich für die Engländer! Nicht weniger unheilverkündend klingen folgende Nachrichten:

Die „Times“ melden aus Ladysmith vom 28. Oktober: Die Ballonabtheilung ließ einen Fesselballon über die Stadt aufsteigen, der die Stellung des Feindes und die Lage der Verschanzungen feststellte.

Die „Times“ melden aus Kapstadt vom 29. Oktober: Nach hier aus Ladysmith eingetroffenen Nachrichten, sind heute die britischen Vorposten mit den Boeren in's Gefecht gerathen. General Joubert gewann Fühlung mit den Kommandos des Oranje-Freistaates. Die Gesammtmacht der Boeren, 16 000 Mann, wenn nicht mehr, nahm nördlich Ladysmiths in einem Halbkreis mit einem Radius von 10 Meilen Aufstellung. Eine Boerenabtheilung marschirt um die hintere Stadtseite, wahrscheinlich mit der Absicht, die Eisenbahn zwischen Ladysmith und Colenso abzuschneiden. Präsident Krüger soll in Glencoe sein.

(Meldung des „Reuter'schen Büreaus“.) Fünf Bataillone Infanterie, drei Regimenter Kavallerie, eine Batterie Gebirgsartillerie, vier Feldbatterien und die Natal-Freiwilligen rückten aus Ladysmith gegen den Lombardskop vor; eine Schwadron Husaren stellte den Feind, welcher ein heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer eröffnete. Zwei Pferde wurden getödtet, ein Reiter verwundet. Der Feind hatte eine starke Stellung bei Dewaals Farm inne; der berittenen Infanterie gelang es nicht, ihn daraus zu vertreiben, und da durch einen Angriff am Nachmittag nichts erreicht werden konnte, bezog die Truppe ein Biwack. Bei Tagesanbruch zog der Feind sich nach Rietfontein zurück.

Nach Depeschen französischer Blätter haben die Boeren zwischen Colenso und Ladysmith einen Eisenbahnzug mit Geschützen, Munition und Mannschaften abgefangen.

In einer Unterredung mit einem Redaktör des „Echo de Paris“ erklärte Dr. Leyds, der Gesandte Transvaals, nach seiner Ansicht werde sich bei Ladysmith ein ernster Kampf abspielen. Obgleich Europa den Boeren Sympathien entgegenbringe, erklärte Leyds weiter, würde es, wenn es die Boeren besiegt sehe, nicht interveniren, wenigstens nicht für den Augenblick. Von einer Vermittlung sei keine Rede. Dr. Leyds fügte hinzu, Transvaal habe Verhandlungen angeknüpft wegen Legung eines Kabels nach Europa. Die Verhandlungen hätten kurz vor dem erfolgreichen Abschlusse gestanden, als der Krieg dazwischengetreten sei.

Von der Weltbühne.

Die Zuchthausvorlage ist bekanntlich in der baierischen Abgeordnetenkammer Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen gewesen. Es hat sich dabei ergeben, daß die baierische Regierung nicht nur mit der preußischen und sächsischen in der Beurtheilung des Gesetzentwurfes übereinstimmt, sondern daß sie auch Material für die dem Entwurfe beigelegte Denkschrift dem Reichsamte des Innern geliefert hat.

Wie die baierische Kammer darüber denkt, haben wir unseren Lesern mitgetheilt. Jetzt schreibt der Berliner Offiziosus der Münchener „Allgem. Ztg.“:

„Wir wünschten, daß auch andere Stellen als die baierische Regierung, die dem Inhalt der Denkschrift vielleicht noch wesentlich näher stehen, mit gleichem Muth und gleicher Offenheit für dieselbe eintreten möchten, statt sich in ein vielleicht bequemes, aber politisch desto bedenklicheres Stillschweigen zu hüllen. Auch durch die äußere Haltung der Vertreter der verbündeten Regierungen muß zum Ausdruck kommen, daß dieselben einstimmig auf dem Boden des Entwurfs stehen und die Verantwortung für das vorgelegte Material um so bereitwilliger mittragen, als sie es nach dem Inhalt der Denkschrift offenbar selbst geliefert haben.“

Das offiziöse Blatt versucht also die Verantwortung für die famose Posadowsky'sche Denkschrift auf möglichst viele Schultern zu schieben, — auch ein Zeichen, was es mit der Denkschrift auf sich hat.

Zuchthausvorlage und Nationalliberale. Gegen die Zuchthausvorlage hat sich der Reichsgerichtsrath a. D. Dr. Stenglein gewandt. Der Gesetzentwurf sei, so sagte er in einer sächsischen nationalliberalen Versammlung, allseitig als wenig glücklich sowohl in seinen Bestimmungen als in seiner Fassung, mit seinen dehnbaren Begriffen und Unklarheiten aufgegeben, so daß bezweifelt werden dürfte, ob es der Reichsregierung noch darum zu thun sei, ihn eingehend berathen zu sehen. Dr. Stenglein verlangt für die Arbeitswilligen einen den Verhältnissen angepaßten wirksamen Schutz auf dem Boden des gemeinen Rechtes. Das könne erreicht werden durch Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung.

Als ob die sehr scharfen Urtheile, die in den letzten Monaten über alle wirklichen und angeblichen Streikvergehen gefällt worden sind, noch zu milde wären!

Selbstverständlich wird Dr. Stenglein ob dieses Ausspruches von der Scharfmacherpresse gegen den bösen Bassermann ausgespielt. Dieser ist überhaupt für die Scharfmacher zum schwarzen Mann geworden. Die Versuche in der nationalliberalen Presse, Bassermanns Hockenheimer Rede abzuschwächen, werden von dem Organ des Herrn v. Stumm als ein „Hereinfall“ ausgelegt, und das Gerede des Oberschleifsteins wird zum zwanzigsten Male ungefähr mit der abgedroschenen Phrase aufgeputzt, „daß Bassermann gegen die Großindustrie aggressiv mit verhetzenden sozialdemokratischen Schlagworten vorging.“ Ein recht armseliger Ersatz für thatsächliche Gründe! Man sieht, den Scharfmachern wird immer unheimlicher, je näher die zweite Lesung der Zuchthausvorlage rückt.

Zur Denkschrift des nationalliberalen Landtagsabgeordneten van der Borght über „Koalitionsrecht und Schutz der Arbeitswilligen“ äußert sich die „Kreuzzeitung“. Der Verfasser hat bekanntlich erklärt, daß er nur seiner persönlichen Ueberzeugung Ausdruck gebe, und in keiner Weise den Anspruch erhebe, die in den Kreisen der nationalliberalen Partei herrschenden Anschauungen wiederzugeben. Die „Kreuzzeitung“ schließt daraus, daß die Denkschrift keine politische Bedeutung habe, wenngleich der Verfasser etwas zu bescheiden sei, wenn er sich in dieser Sache schlechtweg als „Privatmann“ bezeichne, denn: „Es liegen manche Anzeichen vor, daß ähnliche Stimmungen in manchen nationalliberalen Kreisen herrschen,